

presse

Hochschulpakt: Bund muss endlich handeln

Zur Vorausberechnung der Studienanfängerzahlen 2012 bis 2025 der Kultusministerkonferenz erklärt der stellvertretende Sprecher der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion Swen Schulz:

Offiziell bestätigt die Kultusministerkonferenz mit ihrer aktuellen Vorausberechnung, dass die Studienanfängerzahlen in den kommenden Jahren weit über den bisherigen Prognosen liegen werden. Das bestätigt die SPD in ihren Forderungen nach Aufstockung und Ergänzung des Hochschulpaktes. Kurzfristige Maßnahmen reichen nicht mehr aus. Es muss eine langfristige Strategie her, um die erfreuliche dynamische Entwicklung der Zahl der Studienanfänger bewältigen zu können, sagt Swen Schulz.

Jetzt liegen die Zahlen und Fakten auf dem Tisch. Offiziell bestätigt die Kultusministerkonferenz (KMK) mit ihrer aktuellen Vorausberechnung, dass die Studienanfängerzahlen in den kommenden Jahren weit über den bisherigen Prognosen liegen werden. Danach werden im Zeitraum von 2011 bis 2020 rund 749.000 Studienanfängerplätze mehr benötigt als bislang angenommen.

Damit wird die SPD in ihren Forderungen nach Aufstockung und Ergänzung des Hochschulpaktes endgültig bestätigt. Kurzfristige Maßnahmen reichen nicht mehr aus. Es muss eine langfristige Strategie her, um die erfreuliche dynamische Entwicklung der Zahl der Studienanfänger bewältigen zu können.

Das Fördervolumen der laufenden zweite Phase muss umgehend erhöht werden, um die Kapazitäten aufzustocken und den Studierenden auch bis 2015 gleichbleibende Chancen auf einen Studienplatz zu erhalten. Hierzu gehört als Erstes die Finanzierung zusätzlicher Studienanfängerplätze. Zweitens muss die Einrichtung von Masterstudienplätzen gefördert werden. Drittens muss mehr in die Beratung und Betreuung der Studierenden investiert werden.

Der Hochschulpakt war und ist richtig. Aber an vielen Stellen zeigen sich Mängel, die sich in den kommenden Jahren verschärfen werden.

Wir fordern Bundesministerin Schavan auf, endlich die Initiative zu ergreifen und die Länder dabei zu unterstützen, die Herausforderungen anzunehmen.